

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 18.

Charlottenburg, Freitag, den 5. Mai 1922.

49. Jahrg.

Die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats.

Von einem Fachmann wird uns geschrieben:

Das Syndikat wurde 1893 aus der eigenen Initiative der Bergwerksbesitzer heraus gebildet. Schon 15 Jahre zuvor waren die ersten Beratungen mit dem Ziel der Syndikatsbildung begonnen worden. Aus der langen Beratungsdauer ist zu schließen, daß erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden waren bis zur Einigung. Viele Bergwerksbesitzer konnten sich nur schwer mit dem Gedanken abfinden, daß sie das freie Verfügungsrecht über die Kohle, die aus Gruben gefördert wurde, die sich in privatem Eigentumsverhältnis befanden, zugunsten der Gesamtheit der Bergwerke aufgeben sollten. Doch man gewöhnte sich schnell an das neue Verhältnis, denn mit dem Beginn der Wirksamkeit des Syndikats wurden die üblen Wirkungen der Ueberproduktion und der Preisunterbietung beseitigt, denn Absatzstodungen waren nun gleichmäßig zu tragen. Damit erlangten auch jene Bergwerke Stetigkeit in der Produktion, im Preis und im Gewinn, die als einzelne im Konkurrenzkampf unterlegen wären. Der Syndikatsvertrag ist dann bis 1919 immer wieder freiwillig erneuert worden.

Im Herbst 1919 trat das von der verfassunggebenden Nationalversammlung geschaffene Kohlenwirtschaftsgesetz in Kraft. Es bestimmt, daß die Besitzer der Kohlenbergwerke jedes Bezirks sich zu einem Kohlsyndikat zusammenschließen haben. Die Kohlsyndikate vereinigen sich zum Reichskohlenverband. An der Spitze der Kohlenwirtschaftlichen Vereinigungen steht der Reichskohlenrat. Er hat die Brennstoffwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches zu leiten. Diese Aufgabe ist klar. Es sind die Interessen der Gesamtheit über die Interessen der nach Vertrustung der Wirtschaft strebenden Bergwerksbesitzer zu stellen. In keiner Zeit sind diese Bestrebungen offener geworden, als in dem jetzt vom Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat dem Reichskohlenrat zur Genehmigung vorgelegten Vertrag.

Zur Kennzeichnung sei kurz dargelegt, welche Vorverbrauchsrechte an Kohle bislang bestanden. Nach dem bisherigen Syndikatsvertrag hatten die Zechenbesitzer zweierlei Selbstverbrauchsrechte. Das erste ist unter der Bezeichnung Zechenselbstverbrauch bekannt. Unter dieser Benennung sind jene Kohlenmengen zu verstehen, die im ureigensten Grubenbetrieb oder durch die Abgabe von Deputatkohlen an die Bergarbeiter und Bergwerksbeamten aufgeführt werden. Ueber dieses Selbstverbrauchsrecht gibt es keinen Streit. Es besteht, solange Bergbau betrieben wurde, und wird in gleicher Weise weiter bestehen.

Streitbar ist das Hüttenzechenselbstverbrauchsrecht. Unter Hüttenzechenselbstverbrauchsrecht werden jene Kohlenmengen bezeichnet, die ein Zechenbesitzer, der auch zugleich eine Hütte oder Fabrik im Eigentum besitzt, dortselbst verzehren läßt. Als Hüttenzechenselbstverbrauch in diesem Sinne galt nach dem am 31. März 1922 abgelassenen Vertrag auch der Brennstoffverbrauch von Hüttenwerken oder ihrem Zubehör, die im Eigentum von mehreren Zechenbesitzern standen, oder der Brennstoffverbrauch von Hüttenwerken, die unter einer selbständigen Gesellschaftsform betrieben wurden, solange mindestens 81 vom Hundert der Gesellschaftsanteile sich im Eigentum, sei es des einen oder mehrerer der Zechenbesitzer, befanden. Bei Hüttenwerken, die im Ausland lagen, genügten 75 vom Hundert der Gesellschaftsanteile in der Hand eines oder mehrerer Zechenbesitzer, um das Hüttenzechenselbstverbrauchsrecht zu erlangen.

Die unter diesen Voraussetzungen mit den Zechen verbundenen Hütten mit ihrem Zubehör hatten nicht nur ein Quantitäts-, sondern auch ein Qualitätsvorrecht, an das in den letzten Jahren nur der Reichskohlenkommissar mit seinen diktatorischen Befugnissen aus der Kriegszeit herankommen konnte und auch gegenwärtig noch herankommen kann.

Daß auf diese Art bevorrechtete Hüttenwerke gegen solche Unternehmungen, die nicht im Glücke dieser gesellschaftlichen Verpflichtungen sind, vieles voraus haben — namentlich in Zeiten der Kohlenknappheit — dürfte auch dem Laien einleuchtend sein. Dieses Vorrecht noch weiter ausgedehnt, muß in Zeiten der Kohlenknappheit zu einem Unrecht von ungeheurer Größe gegenüber der übrigen Kohlenverbrauchenden und nicht mit Bergwerken verbundenen Bevölkerung und Industrie werden.

Nach dem neuen vom Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat vorgelegten Vertrag sind die Brennstoff-Selbstverbrauchsrechte ungemein erweitert. Nach ihm sollen dem Verkauf durch das Kohlsyndikat nicht nur nicht unterliegen der Brennstoffverbrauch in Werken, die im Eigentum eines oder mehrerer Syndikatsmitglieder sind, sondern es sollen dem Eigentum gleich geachtet werden:

- a) Die Beteiligung von mindestens 50 vom Hundert an dem Gesamtunternehmen des angegliederten oder künftig noch anzugliedernden Verbrauchers;
- b) Interessen- und Betriebsgemeinschaftsverträge oder Pachtverträge, die nach Inhalt und Dauer einer endgültigen Verschmelzung oder Eigentumsübertragung im wirtschaftlichen Sinne gleich zu erachten sind;
- c) Lieferungsverträge von mindestens 15jähriger Dauer zwischen einem Mitglied und einem Verbraucher über feste Jahresmengen von mindestens 30 000 Tonnen Kohle, Koks oder Briquets zur Deckung des eigenen Bedarfs der Verbraucher.

Damit nicht genug. Auch die reinen Zechen — so bezeichnet man jene Bergwerke, die nicht mit Hütten verbunden sind — die bislang ihre gesamte absatzfähige Produktion an das Kohlsyndikat lieferten und durch dieses verlaufen ließen, sollen nunmehr das Recht erlangen, 25 Proz. ihrer absatzfähigen Förderung außersyndikalisch zu verlaufen oder durch feste Verträge mit Verbrauchern verholern zu dürfen. Für sie ist besonders die Bestimmung unter c geschaffen.

Welche Ziele sollen mit den Bestimmungen dieses Syndikatsvertrages erreicht werden? Die Abendausgabe der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 27. März 1922 sagt es in einem Artikel, überschrieben: „Die Bedeutung des Syndikatsvertrages“, wie folgt:

„Der neue Syndikatsvertrag zieht eben die Konsequenz aus der wirtschaftlichen Entwicklung — Verschmelzung, Interessengemeinschaften, Betriebsverträge — die ihren Fortgang nimmt und das Zeitalter der Syndikate als überwunden erscheinen läßt.“

Das Zeitalter der Syndikate überwunden? Es folgen die großen Industrietrüsts, die vertikale Gliederung der Industrie von der Kohle über die Hütten bis zum Verarbeiter des Fertigfabrikats. Nur ein kleiner Bruchteil der Großverbraucher würde natürlich an diesen Bindungen beteiligt sein, denn wenn alle beteiligt wären oder würden, würden sich diese Bestrebungen selbst aufheben und keinen Vorteil mehr bringen. Weil sie eben einen Vorteil bieten nur für wenige, nur für jene, die die Kohle in der Hand haben, sind sie für die Gesamtheit unerträglich. Die Kohle ist Gemein-

gut des Volkes und kein Spekulationsobjekt für private Kapitalmagnaten. Das mögen sich die Väter dieses Vertrages gesagt sein lassen.

Wenn die Güttenzehenvorrechte in dem Maße, wie das der Vertrag anstrebt, erweitert werden, dann wird die Kohlenbede für die Gesamtheit nicht nur kürzer, sondern auch schlechter. Die Herren Zehnenbesitzer, die sich dann an Güttentwerken beteiligen, also interessiert werden, werden nur die besten Kohlenarten nach dort abgeben, weil das größere Vorteile verspricht. Die Kohlenbede ist aber schon jetzt derartig kurz und schlecht, daß eine weitere Kürzung und Verschlechterung unerträglich für die Gesamtheit wird. Es wurden 1921 gefördert in Deutschland, ausschließlich des Saargebietes, rund 136 Mill. Tonnen Steinkohle. Davon werden ungefähr 10 Proz. (sind 13,6 Mill. Tonnen) im Zehnen-selbstverbrauch aufgezehrt. Die Entente fordert ungefähr 20 Mill. Tonnen der hochwertigsten Kohlenarten, die Interalliierte Kommission in Opatowitz dürfte durch Ausführungsverfügungen 10 Mill. Tonnen verbraucht und Deutschland durch freiwillige aber doch unvermeidliche Ausführungen 2,4 Mill. Tonnen abgegeben haben, so daß für die deutschen Verbraucher in ihrer Gesamtheit rund 90 Mill. Tonnen aus der eigenen Steinkohlenproduktion verbleiben sein werden. Diese Menge wird durch den Verlust in Oberschlesien verkleinert. Angesichts dieser Sachlage ist es unerträglich, wenn die Güttenzehenvorrechte noch erweitert werden sollen. Der Vertrag ist unannehmbar. Sollte er dennoch in den kohlentwirtschaftlichen Organisationen mit Mehrheit angenommen werden, dann ist es Aufgabe des Reichstags und der Regierung, sich mit dieser Angelegenheit ernsthaft zu befassen.

Allgemeinverbindlichkeitsklärung.

Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 11. April 1922 die folgende Verfügung auf Blatt 3618, I. d. Nr. 5, in Fortsetzung von Blatt 2133 des Tarifregisters eingetragen worden:

Der Reichsarbeitsminister.

IV D 1322/133.

Berlin NW. 40, den 10. April 1922.

Scharnhorststr. 35.

Entscheidung:

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich, gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456), für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:

a) auf Arbeitgeberseite:

Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie, Berlin;

b) auf Arbeitnehmerseite:

Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands;

Berufsverband deutscher Keramarbeiter.

2. a) In Kraft getreten am 1. Oktober 1921 (Reichstarifvertrag nebst Lohnabkommen);

b) abgeschlossen am 5. Januar 1922 (Schiedsspruch des tariflichen Schiedsgerichts).

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingutgeschirr- und Steingutspülwaren-Industrie, mit Ausnahme der Betriebe der dem Verbands Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gebiet des Deutschen Reiches. Sie erstreckt sich nicht auf die Steingutfabrik Wittenburg, N.-S. in Farge. Die Ausdehnung hierauf bleibt vorbehalten.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 3, Satz 2, die §§ 4 und 45 bis 51 sowie 54 des Tarifvertrages und erzieht nicht die für eine Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit erforderliche behördliche Genehmigung.

6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt zu 2 a mit Wirkung vom 1. Oktober 1921, zu 2 b mit Wirkung vom 1. Januar 1922. Die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 1. Oktober 1920 und des vom 1. April 1921 ab gültigen Lohnabkommens tritt außer Kraft.

Im Auftrage: gez. Meyer.

Wir betonen ausdrücklich darauf, daß durch diese Entscheidung der Tarifvertrag, das Lohnabkommen vom 1. Oktober 1921 und das vom 1. Januar 1922 gültige Lohnabkommen für allgemein verbindlich erklärt worden sind. Für die später getätigten

Lohnabkommen wurde die Allgemeinverbindlichkeit ebenfalls anträgt, und ist dazu eine gleiche Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums zu erwarten.

Betreffend Lohnabkommen ab 8. April für die feinkeramische Industrie.

Bei der Zusammenstellung der in Nr. 17 der „Ueife“ veröffentlichten Umrechnungsbeispiele lag uns das Umrechnungsschema des Münchener Schiedsamts noch nicht vollständig vor, worauf es zurückzuführen ist, daß die für Akkordarbeiter gegebenen Beispiele 3 und 6 einer Richtigstellung bedürfen und sich einige Ergänzungen nötig machen.

Beispiel 3 muß in der richtigen Fassung lauten: „Betrag der Durchschnittsverdienst einer Facharbeiterpartei der Ortsklasse II a 9,59 Mk. pro Stunde, gleich 42 Proz. über der früheren Akkordbasis, so müssen die Stüdlöhne um mindestens 105 Proz. aufgebessert werden.“

Beispiel 6 muß in der richtigen Fassung lauten: „Betrag der Durchschnittsverdienst einer Sparte der sonstigen Arbeiterinnen der Ortsklasse II a 6,32 Mk. pro Stunde, gleich 42 Proz. über der früheren Akkordbasis, so müssen die Stüdlöhne um mindestens 97 Proz. erhöht werden.“

Nach den rechnerischen Feststellungen des Münchener Schiedsamtes müssen auch bei den höchsten Spartendurchschnittsverdiensten die Stüdlöhne aufgebessert werden:

In Groß-Berlin für Facharbeiter, sonstige Arbeiter und Facharbeiterinnen um mindestens 105 Proz.;

für sonstige Arbeiterinnen um mindestens 97 Proz.

In Ortsklasse I für Facharbeiter, sonstige Arbeiter und Facharbeiterinnen um mindestens 100 Proz.;

für sonstige Arbeiterinnen um mindestens 94 Proz.

In Ortsklasse II a für Facharbeiter, sonstige Arbeiter und Facharbeiterinnen um mindestens 95 Proz.;

für sonstige Arbeiterinnen um mindestens 91 Proz.

In Ortsklasse II b für Facharbeiter, sonstige Arbeiter und Facharbeiterinnen um mindestens 90 Proz.;

für sonstige Arbeiterinnen um mindestens 88 Proz.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Jahresbericht der Reichsbank. — Die Preise auf dem Eisenmarkt. — Die Syndikatsverneuerung im Kohlenbergbau. — Mangelnde Zuderversorgung im freien Verkehr. — Der Vertrag mit Lettland. — Genua und deutsche Zahlungsbilanz. — Kampf von Handel und Industrie gegen gebundene Wirtschaft für Industriefstoffe. — Kampf der Landwirtschaft gegen gebundene Wirtschaft für Getreide und Kartoffeln. — Verlangen der Konsumenten auf Erhöhung der gebundenen Wirtschaft für Getreide und Einführung auch für Kartoffeln.

Der Geschäftsabschluss der Reichsbank für das Jahr 1921 gibt einen interessanten Einblick in unser Finanzgebaren und die Entwicklung des Finanzkapitals. Die Bank berichtet über einen Gesamtumsatz von 20 090 Milliarden Mark; gegen das Vorjahr eine gewaltige Steigerung, denn der letzte Geschäftsbericht gab einen Umsatz von 12 770 Milliarden Mark an. In diesem vermehrten Umsatz kommt deutlich eine Zunahme im Umlauf unserer Papierzahlungsmittel zum Ausdruck. Das tritt besonders auffällig da in die Erscheinung, wo in dem Bericht dargelegt wird, daß der Bestand an Reichsklassenscheinen in der Bank seit dem vorangegangenen Berichtsjahr von 44,8 Milliarden Mark auf 113,6 Milliarden Mark gestiegen ist. Dagegen ist der Bestand von Darlehenskassenscheinen in demselben Zeitraum um 16,5 Milliarden niedriger als im Jahre 1920 und weist gegenwärtig 6,8 Milliarden Mark auf. Sicherlich ein Beweis dafür, daß auf dem Kapitalmarkt Geld zur Verfügung stand, ohne daß in dem bisherigen Umfang die Darlehnsanleihe in Anspruch genommen werden mußte. Der Metallbestand der Bank setzte sich zusammen aus 137,2 Millionen Mark Gold in Barren und fremden Wägen, 858,2 Millionen Gold in deutschen Wägen und 11,6 Millionen Mark Scheidemünzen. Der Goldbestand ging im Laufe des Jahres auf 56,2 Millionen Mark zurück. Dieser Rückgang ist auf die Abwicklung der Zahlungen, die im vorigen Jahre die Regierung für die Entente leisten mußte, zurückzuführen. Um die eine Milliarde Goldmark, die im August vorigen Jahres an die Entente abgeliefert werden mußte, zusammenzubringen, mußte die Reichsbank aus ihrem Goldbestand 68 Millionen Mark hergeben. Der Metallgewinn der Bank stellt sich auf 64,8 Millionen Mark; hiervon erhält das Reich 40,9 Millionen Mark, die Aktionäre erhalten 18 Millionen Mark, d. h. 10 v. S. Dividende. Dem Reservefonds sind 5,8 Milliarden Mark überwiesen. Der Bruttogewinn, der mit 9,8 Milliarden Mark angegeben wird, gegenüber 7,8 Milliarden

Mark im Vorjahre, ist der höchste Gewinn, den die Bank bisher in einer Bilanz zu verzeichnen hat. Bemerkenswert ist, daß allein für Banknotenherstellung ein Betrag von 262,1 Millionen Mark herausgab wurden, ein Beweis, daß uns die Herausgabe von Papiergeld nicht ohne erhebliche Kosten möglich wird. Die Verwaltungskosten betragen 339,5 Millionen Mark. Die Reichsbank beschäftigte am Ende des Jahres 7096 Beamte, 2185 männliche und 1242 weibliche Angestellte, ferner 265 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Bezeichnend für unsere Wirtschaftslage ist die in den letzten Monaten ganz übermäßig aufwärts gehende Preisbewegung auf dem Eisenmarkt. Gießereiroheisen ist vom 1. April ab um 1337 Mark die Tonne erhöht und erlangt damit einen Preis von 5949 Mark. Stabeisen, das in der Preisfestsetzung richtunggebend für die übrigen Halbfabrikate ist, zeigt von Dezember 1921 bei einem Preis von 5030 Mt. pro Tonne für den April eine Heraufführung auf 9500 Mt. Diese Preisbemessung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die verarbeitende Industrie. Wir nähern uns mehr und mehr der Höhe des Weltmarktpreises und kommen damit in viel stärkere Abhängigkeit von den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, als es bisher durch die Beherrschung des Inlandspreises möglich war.

Es wird gut sein, gegenwärtig darauf hinzuweisen, wie irrig die Auffassung ist, daß mit dem Fallen der Mark eine steigende Geschäftskonjunktur verbunden sei. Diese Theorie ist nicht unter allen Umständen richtig; es kann sehr zu unserem Schaden eintreten, daß wir unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland verlieren und auch im Inland bei diesen Preisen nicht mehr genügenden Absatzmarkt finden. Ein warnendes Beispiel dafür sind die Zustände in Oesterreich. Dort hatten wir bisher, ähnlich wie bei uns, eine leidlich gute Beschäftigung der Industrie; trotz des viel schlechteren Standes der österreichischen Krone ist ein Umschwung in der Konjunktur eingetreten, die Aufträge der Industrie haben nachgelassen, die Arbeitslosenziffer geht gewaltig in die Höhe.

Eigenartig ist übrigens, zu welchen sonderbaren Vorschlägen man gelangt, um diese ungleichen Wertungen der Zahlungsmittel zu mildern. Während wir über die Entwertung der Mark klagen, ist man in industriellen Kreisen wenig befriedigt über den guten Stand des Dollars. So wird von zwei sehr angesehenen Persönlichkeiten, dem bekannten Erfinder Edison und dem bedeutamen Automobilfabrikanten Ford, ein Vorschlag propagiert, der auf nichts anderes hinausgeht, als auf eine Verschlechterung der amerikanischen Valuta. Ihr Begehren geht im wesentlichen darauf hinaus, aus der Goldwährung herauszukommen, da man in einer Weltwirtschaft mit Papiergeld nicht als einziges Land den Goldstandard aufrechterhalten könne.

Im Kohlenwirtschaftsrat sind die Pläne des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats auf einigen Widerstand gestoßen. Es ist vorläufig von der Regierung angeordnet worden, daß das Syndikat zwangsweise auf einen Monat verlängert wird. In dieser Zeit werden sich die Interessenten noch einmal ihre Syndikatspläne ansehen müssen, um wichtige Änderungen vorzunehmen. Die Tendenz, durch diese Syndikatsorganisation der großen Konzernbewegung einen starken Anreiz zu geben, denn darauf kämen die neuen Bestimmungen des Syndikatsvertrages hinaus, finden in einigen Interessentengruppen auch nicht ungeteilte Zustimmung, noch weniger könnten sich die Arbeitervertreter damit einverstanden erklären.

In der Zuderversorgung kann der freie Verkehr keine befriedigende Lösung herbeiführen. Noch immer wird allgemein über einen Mangel im Kleinhandel geklagt, ohne daß es den Raffinerien gelingt, eine merkbare Besserung herbeizuführen. Die ungenügende Versorgung des Marktes ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in der Schokoladen- und Konfitürenfabrikation der Verbrauch an Zuder stark zugenommen hatte und damit die Versorgung für den Haushalt der Bevölkerung leiden muß. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung hier eingreift, und zwar in der Weise, daß die Versorgung der Industrie zurückgestellt wird, eventuell muß der Verbrauch von dieser Seite durch Aufkauf im Ausland gedeckt werden. Die heimische Produktion muß zunächst dem Bedarf im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Erfolgt hier kein Zugriff, so haben wir damit zu rechnen, daß am Ende des Wirtschaftsjahres die Zuderversorgung ganz aufhört. Um das zu vermeiden, wird der hier empfohlene Eingriff notwendig sein.

Wie berichtet wird, hat die Reichsregierung mit Lettland nach langen Verhandlungen nunmehr ein Wirtschaftsabkommen

zum Abschluß gebracht. Das Abkommen ist insofern wichtig, als es für die Vertragsschließenden die Meistbegünstigung enthält, ferner Erleichterungen im Durchgangsverkehr für deutsche Waren, die über Riga nach Rußland ihren Weg nehmen. Lettland hat sich noch vorbehalten, daß für Deutschland die Meistbegünstigung bei einem Wirtschaftsabkommen oder einer Zollunion mit den Ostseestaaten oder Rußland und Polen nicht in Frage kommt. Dem wird man nicht widersprechen können, denn bei den engen wirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten untereinander, liegt der Abschluß einer Zollunion sehr nahe. Hoffentlich gelingt es auch den übrigen Oststaaten, bald zu einem für beide Teile nutzbringenden Wirtschaftsabkommen zu gelangen, damit außer den schon bestehenden Schwierigkeiten wenigstens diejenigen handelspolitischer Art beseitigt werden.

Wenn es in Genue gelingen sollte, die Zusammenhänge, die zwischen den Problemen der Währung und der Wechselkurse bestehen, nach jeder Richtung zu erörtern und klarzustellen, dann wird es auch möglich sein, ohne daß die Reparationsfrage ausdrücklich behandelt wird, doch deren unerträgliche Einwirkung auf die Wirtschaftsgestaltung Deutschlands mittelbar zu dokumentieren. Dann wird es sich zeigen, wie wir ohne Regelung der Zahlungsbilanz unser inneres Geldwesen nicht in Ordnung bringen, das Währungsproblem nicht lösen können. Es wird sich erweisen, daß die Wirkungen der Inflation, die enormen Preissteigerungen nur durch eine Regelung der Zahlungsbilanz endgültig aufzuhalten sind. . . . Das besagt aber gleichzeitig, daß in der inneren Wirtschaft alles nur Mögliche hätte versucht werden müssen, um noch vor Erledigung dieses Problems die Preisgestaltung nicht derart treiben und sich übersehen zu lassen. Denn wenn die — zum Schaden der gesamten europäischen Wirtschaft — sich immer wieder hinschleppende Regelung einer Auslandsanleihe und damit eine gewisse wirtschaftliche Atempause endlich an uns herantritt, dann kann bei derart an die Weltmarktpreise genäherten und, beim heutigen Dollarstande, teilweise schon über sie hinaus gesteigerten Inlandspreisen bei zurücklaufendem Devisenkurse die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr gehalten werden. Stilllegung und Arbeitslosigkeit werden dann um so größer werden, je weitgehender diese Annäherung erfolgt ist. Und diese Annäherung ist von großen Industriekreisen bereits vollzogen und in ihren Gewinnergebnissen ausgeschöpft worden, so daß man schon nach neuen, ebenso leichten Gewinnmöglichkeiten — man meidet natürlich bei derartigen Chancen heute den Weg über Intensivierung — in neuen Preiswellen ausgeschaut wird. Diese Möglichkeiten glaubt man noch in den durch die gebundene Wirtschaft zurückgehaltenen Preisen zu finden. Nur hieraus ist der in den letzten Monaten besonders verschärfte Kampf gegen die gebundene Wirtschaft zu erklären. Dieser Kampf ist gerade für die Arbeiterchaft von weittragender Wichtigkeit. Für sie bedeutet das Aufheben der gebundenen Wirtschaft, daß der Reallohn, welcher bei manchen Berufsschichten schon beträchtlich unter das Existenzminimum des Lebens gesunken ist, noch weiter zurückgeschraubt werden würde, wenn auch vielleicht das Nominaleinkommen eine Steigerung — und selbst diese nur durch Kampf — erfahren dürfte. Handel und Industrie haben nun unter den Devisen: „Produktionsförderung“ und „Erhaltung der Kapitalsubstanz“ den Kampf gegen die die „Wirtschaftsfreiheit“ hemmende Gemeinwirtschaft aufgenommen. Ob aber die durch die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft zu realisierenden Mehrwerte wirklich der reinen Produktionsförderung im volkswirtschaftlichen Sinne zufließen, muß nach Erfahrungen der letzten Jahre — wohin sie gehen, soll hier nicht erörtert werden — bezweifelt werden. Die steigende Gewinnrate setzt sich meist nur relativ in Produktivität um, während sie in sinkender Tendenz immer absolut intensivierend wirkt. Wenn nun in diesem Zusammenhang dauernd von der Erhaltung des produktiven Kapitals, der Substanz unserer Volkswirtschaft, gesprochen worden ist, so wurde bisher nie die Frage gestellt, ob nicht durch diese, bei freier Wirtschaft sprungartig steigenden Preise die eigentliche Quelle aller Produktivität, die Volkswirtschaft, zerstört werden muß. Ohne Zweifel ist der größte, unerträglichste Eingriff in die Substanz unseres Volkvermögens eine auf die Dauer durch Unterkonsum geschwächte Arbeitskraft.

Man wird trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht darum herumkommen, festzustellen, daß die in den letzten Wochen in Erscheinung getretenen übertriebenen Preissteigerungen eine Folge des Abbaues der gebundenen Wirtschaft sind, wozu noch als weitere Ursachen der Abbau der staatlichen Subsidien — wie Lebensmittelverbilligung, Defizite der Eisenbahn und Post — sowie die zu erwartende Wirkung der neubeschlossenen indirekten Steuern kommen.

Erfahrungsgemäß werden die durch diese Maßnahmen begründeten Selbstkostensteigerungen bei zahlreichen Wirtschafts-

zweigen nicht in der gerechtfertigten Höhe, sondern wesentlich überseht zur Anwendung gebracht. Dies ist der wahre Grund für die zum Teil wucherisch zu nennende Ausnutzung der konsumierenden Bevölkerung. Ein Beispiel hierfür bietet die Preisgestaltung auf dem Marke der Groß-Eisenindustrie.

Nach eingehenden Preisuntersuchungen der amtlichen Stellen konnten sich für den Monat April die Stabeisenpreise auf 8400 Mark stellen, welcher Betrag sich noch um 300 bis 400 Mark vermindern dürfte, wenn, wie früher, $\frac{3}{4}$ der Exportgewinne zur Inlandsverbilligung herangezogen würden. Statt dessen stellt die Groß-Eisenindustrie ihrerseits einen Grundpreis von 9500 Mark auf, wozu ein Kohlensteuerzuschlag von 300 Mark kommt, außerdem 450 Mark übersehten Siemens-Martin-Zuschlag, also im ganzen einen Preis von 10 250 Mark.

Diese Art der Preisfestsetzung macht es notwendig, daß hier die von der Arbeitnehmerschaft im Eisenwirtschaftsbund beantragten Höchstpreise durchgeführt werden.

Die Versuche, die letzten Reste der gebundenen Wirtschaft zu beseitigen, treten nicht immer klar zutage. Es werden hierbei oft wenig durchsichtige Wege eingeschlagen. Vielleicht will man auch heute aus politischen Gründen den direkten Weg zur vollen Abschaffung nicht gehen, und man beginnt, auf Umwegen sich dem Ziele zu nähern. Dafür gibt der neue Gesellschaftsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, der am 1. April für die Dauer eines Jahres in Kraft treten sollte (er wurde von uns schon in einem besonderen Artikel besprochen), ein so deutliches Beispiel, daß er mit Recht eine „Privatisierung hintenherum“ genannt wurde.

Der Kampf gegen die gebundene Wirtschaft geht aber nicht nur um die Industrierohstoffe, sondern vor allen Dingen um die wichtigsten Nahrungsmittel Brotgetreide und Kartoffeln. Von seiten der Arbeiter- und Verbraucherschaft im allgemeinen wird für das kommende Erntejahr eine erhöhte Getreideumlage von $2\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{2}$ Mill. Tonnen — was bei dem Gesamtertrage durchaus möglich ist — gefordert, damit die das Marktbrot sehr wesentlich preisvertuernden Getreideeinfuhren wegsallen können. Es wird dabei auf die Befürchtung hingewiesen, daß steigende Brotpreise nicht nur eine schwere wirtschaftliche Belastung der minderbemittelten, nur konsumierenden Bevölkerung mit sich bringen, sondern schwere politische Erschütterungen heraufbeschwören könnten. Auch auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung wird die Einführung einer ausreichenden Umlage erstrebt, da es trotz aller Versprechungen den landwirtschaftlichen Organen, den Genossenschaften, im letzten Jahre bei freier Wirtschaft nicht gelungen ist und auch bei erhöhtem Kartoffelanbau und besseren Ernteerträgen nicht gelingen wird, die Verbraucherschaft zu noch erträglichen Preisen vor dem Winter einzudecken.

In direktem Gegensatz zu diesen Forderungen steht das Verlangen der Landwirtschaft, von jedweden zwangsmäßigen Eingriffen befreit zu werden. Der Reichslandbund erließ hierzu die folgende Mitteilung:

„Der engere Vorstand des Reichslandbundes stellte erneut die Undurchführbarkeit einer irgendwie gestalteten Umlage in landwirtschaftlichen Erzeugnissen fest und beschloß, seine Mitglieder aufzufordern, sich jeder Mitwirkung, auch bereits bei den Vorarbeiten für ein allgemeines Umlageverfahren, zu enthalten. Die Durchführung einer Umlageversorgung wird gegen den Willen der organisierten Landwirtschaft unmöglich sein. Die Deckung des Brotgetreidebedarfs ist unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nur durch den freien Verkehr möglich.“

Diese deutsch „nationalen“ Vertreter wissen sehr wohl, wie notwendig es ist, bei Durchführung solcher gesetzlicher Maßnahmen auch ein Verständnis hierfür in den Kreisen zu finden, welche von diesen Maßnahmen betroffen werden. Und so muß diese verantwortungslose Kampfsage eines Teiles der Bevölkerung gegen die Bedürfnisse der Gesamtheit als eine bisher beispiellose politische Gehe gewertet werden. Nur unter der Bedingung der restlosen Befestigung der Zwangswirtschaft wollen diese landwirtschaftlichen Kreise — nicht in Worten, sondern nur in Worten berücksichtigten Not des Volkes zu steuern, ein „großes Hilfsverbot der Landwirtschaft“ einleiten, welches „in der freiwilligen Anwendung aller Maßnahmen durch die deutsche Landwirtschaft bestehen soll, die ... sind, die landwirtschaftliche Erzeugung ... mit eigenen Mitteln der Landwirtschaft mit möglicher Beschleunigung so zu steigern, daß die ausreichende eigene Versorgung des deutschen Volkes in absehbarer Zeit gesichert ist.“

In der Uebergangszeit — bis zur Auswirkung dieses an sich selbstverständlichen Bestrebens — soll durch ein Ermächtigungsgesetz

den landwirtschaftlichen Körperschaften die Möglichkeit gegeben werden, mittels des legitimen Handels und der Verbrauchergenossenschaften zu einem dem durchschnittlichen Marktpreis entsprechenden Preise Getreide auf den Markt zu bringen und mittels der landwirtschaftlichen Genossenschaften den amtlichen Organen eine Getreidereserve zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Verbraucherschaft im vorigen Jahre mit der freien Kartoffelwirtschaft die Erfahrung gemacht hat, daß auf die Zusagen der Landwirtschaft — durch ihre Genossenschaften Kartoffeln in genügender Menge zu angemessenen Preisen auf den Markt zu bringen — wenig zu bauen ist, wird in bezug auf die neuen Vorschläge der Landwirtschaft genauest zu prüfen sein, welche Garantien die Landwirtschaft zu gewähren hat, und welche Mittel sie zur Durchführung ihrer Selbstverwaltung zu ergreifen gedenkt. Bisher sind der Öffentlichkeit gegenüber nur Vorschläge allgemeiner Art gemacht worden, denen die Arbeiterschaft im Interesse der gesamten Verbraucherschaft nicht zuzustimmen vermag.

Das Existenzminimum im März 1922.

Von Dr. H. Kuchynski.

(Nachdruck verboten.)

Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um etwa ein Viertel gestiegen. In Groß-Berlin kostete im März rationiertes Brot 27mal soviel wie vor acht Jahren, Gas 28mal soviel, Milch 29mal soviel, Briketts 35mal soviel, Margarine 37mal soviel, Zucker 39mal soviel, Reis 46mal soviel, Brot im freien Handel 47mal soviel, Kartoffeln 88mal soviel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 55 Mark, für eine Frau auf 103 Mark, für einen Mann auf 138 Mark. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im März 1914 für ein Kind 1,65 Mark, für eine Frau 3,09 Mark, für einen Mann 3,98 Mark. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden daher hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mark, Frau 2,80 Mark, Mann 3,50 Mark.)

	Preis März 1922	Preis März 1914
	ℳf.	ℳf.
2900 Gramm Brot (rationiert)	1548	57
250 „ Roggenmehl	840	7
250 „ Hafersfoden	850	13
125 „ Graupen	205	5
1000 „ Kartoffeln	440	5
1000 „ Gemüße	590	14
125 „ Margarine	740	20
250 „ Marmelade	450	15
125 „ Zucker	235	6
1 Liter Milch	650	23
Zuf. für ein 6—10jähr. Kind	5497	165
500 Gramm Brot (freier Handel)	550	12
125 „ Graupen	205	5
250 „ Erbsen	975	10
1000 „ Kartoffeln	440	5
250 „ Büchsenfleisch	1170	58
125 „ Speck	980	23
250 „ Salzheringe	845	13
125 „ Margarine	740	20
Zuf. für eine Frau	10302	309
500 Gramm Reis	1015	22
250 „ Speisebohnen	405	11
125 „ Speck	980	23
250 „ Salzheringe	845	13
125 „ Margarine	740	20
Zuf. für einen Mann	13787	398

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 11 Mark. (1913/14: 5,50 Mark), für Heizung 40,80 Mark (1,15 Mark), für Beleuchtung 21,— Mark (0,70 Mark).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 85 Mark (2,50 Mark), Frau 57 Mark (1,65 Mark), Kind 28 Mark (0,85 Mark).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 27 Proz. (1913/14: 25 Proz. machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mt.	Mt.	Mt.
Ernährung	138	241	351
Wohnung	11	11	11
Heizung, Beleuchtung	62	62	62
Bekleidung	85	142	198
Sonstiges	80	123	167
März 1922	376	579	789
Februar 1922	305	408	627
Januar 1922	266	408	548
März 1921	141	213	298
März 1920	105	241	322
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vergleiche mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im März 1922 für einen alleinstehenden Mann 63 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 96 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 132 Mt. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 19 600 Mt., für das kinderlose Ehepaar 30 200 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 41 200 Mt.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum März 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 376 Mt., d. h. auf das 22,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 579 Mt., d. h. auf das 26,0fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 789 Mt., d. h. auf das 27,4fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 4 Pf. wert.

Otto Sue †

Der Tod hat der Bergarbeiterbewegung eine schwere Wunde geschlagen. In der Nacht von Dienstag, den 18., auf Mittwoch, den 19. April, verstarb Otto Sue an einer schweren Lungenentzündung. Sein Tod wird nicht nur in Deutschland, sondern weit über die Grenzen hinaus Trauer auslösen bei allen, die den hervorragenden Bergarbeiterführer kennengelernt haben. Als Wortführer stand er immer im Vordertreffen, geehrt von seinen Freunden, geachtet von seinen Gegnern. Sein Kampf galt ausschließlich dem Kapitalismus, mit dessen Vertretern er als Schriftsteller und Parlamentarier in stets scharfer Fehde lebte. Sein starker Wille und sein scharfer Geist ließen ihn immer mit an der Spitze stehen und das internationale Bergproletariat fand in ihm einen seiner besten Anwälte.

Otto Sue wurde am 2. November 1868 zu Hörde geboren, wo er die Volksschule besuchte. Er erlernte das Schlosserhandwerk und arbeitete von 1882 bis 1894 auf mehreren Werken der Großindustrie. Im Jahre 1894 trat er in die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“, damals noch „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ betitelt, ein. Im Auftrage des Bergarbeiterverbandes machte er sozial- und wirtschaftspolitische Studienreisen in den Bergwerksbezirken Belgiens, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns und Großbritanniens. Mit geringen Unterbrechungen, welche in die Nachkriegszeit fielen, stand er im Angestelltenverhältnis des Bergarbeiterverbandes. In der Nachkriegszeit war er (1918/1919) Reichskommissar für das rheinisch-westfälische Bergwerksgebiet und war vom 1. Dezember 1918 bis zum 1. Dezember 1919 Beirat im Ministerium für Handel und Gewerbe. Auch war er Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrates. Neben seiner Tätigkeit als Redakteur schrieb er die Werke: „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften“, „Mehr Bergarbeiterschutz“, „Voll in Not“ und „Sozialisierung der Kohlenwirtschaft“. Sein Hauptwerk ist: „Die Bergarbeiter“, welches in zwei Bänden erschienen ist und eine Krone der Bergbau-literatur bildet. Außerdem sind eine Reihe seiner bedeutenden Parlaments- und anderer Reden in Broschürenform erschienen.

Neues Meißener Porzellan.

Ein Glockenspiel aus Porzellan. — Die Blauweißmalerei. — Neue Figuren.

Im Sommer dieses Jahres werden vom Turm der alten Meißener Stadtkirche zum erstenmal die Töne eines Glockenspiels erklingen, dessen Glocken aus Porzellan geformt wurden. Die Leitung der Meißener staatlichen Porzellanmanufaktur hatte durch Versuche festgestellt, daß Porzellanglocken bezüglich der Schönheit des Tones den Bronze- oder Silberglocken durchaus nichts nachgeben, und so wurde mit der Herstellung eines Glockenspiels begonnen. Dasselbe wird etwa sechzig Glocken haben, deren größte eine Höhe von 70 Zentimeter und einen Durchmesser von 50 Zentimeter aufweisen soll und deren künstlerische Ausgestaltung auch große Sorgfalt gelegt wird.

Bei der kommenden Dresdener Jahreschau werden der Öffentlichkeit die Früchte von Versuchen in Blauweißmalerei gezeigt werden. Man ging bei diesen Versuchen von dem Gedanken aus, eine modern empfundene dekorative Wirkung zu erzielen. Durch jahrelange Arbeit gesammelte Erfahrungen ermöglichten die Erreichung dieses Zieles. Nach orientalischem Vorbild verzichtete man auf jede Perspektiv. Zweifellos ist die Totalwirkung der neuen Meißener Vasen eine grandiose, wenn sie auch die orientalischen Erzeugnisse noch nicht erreichen.

Ausgezeichnete figürliche Neuschöpfungen sind von August Gaul eine stehende Löwin, ein junger liegender Löwe, ein Pferd, ein liegender Bison, ein Tapir und verschiedene Adler, von Max Esser eine schön gefiederte Ente, eine Gule, ein Reiher und eine 1½ Meter große Gruppe „Jagdscene“, von Scheurig eine sitzende Diana, ein Mohr mit Kalabu, ein stehender Trinker, von Ernst Barlach eine schwebende Frauenfigur.

In technischer Hinsicht wird es interessieren, daß die Meißener Manufaktur bisher die einzige deutsche Porzellanfabrik war, die bei ihrem Brennvorgang vollständig auf Steinkohle verzichten konnte. Sie verwendete nur böhmische Braunkohle und auch nur ungefähr die gleiche Menge an Gewicht, die früher an Steinkohlen verfeuert wurde. Da die böhmische Braunkohle aber jetzt stark im Preise gestiegen ist, die deutsche jedoch nicht die erforderlichen hohen Hitzegrade erzeugt, hat sich die Manufaktur von der böhmischen dadurch unabhängig gemacht, daß sie zur Gasbeheizung übergegangen ist. Für die Erzeugung von Gas reicht auch die deutsche Braunkohle aus. Daß diese Umstellung in wirtschaftlicher Beziehung ein erhebliches Plus darstellt, braucht nicht erwähnt zu werden.

Aus unserem Beruf.

Nachtrag zu dem Bericht in Nr. 17 der „Ameise“ betr. Einäscherung des Kollegen Joh. Schneider. Zur Trauerfeier hatte auch der Zentralverband der Töpfer eine Delegation entsandt, die ein Blumenarrangement niederlegte. Beileidsbezeugungen gingen noch ein vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Zentralverband der Töpfer, von den Zahlstellen Arzberg, Köln, Mannheim, Margarethenhütte, Mühlhausen i. B., Oberhohndorf, Ohrdruf, Passau, Pöbner, Waldsassen und Wesel, ferner vom Herrn Direktor Dönitz-Hermendorf, Herrn Direktor Gramß-Stadtlungsfeld, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Feinkeramischen Industrie, und Herrn Springer-Neuhaldensleben.

Betr. Regelung des Lehrlingswesens in der feinkeramischen Industrie. Gelegentlich der im September 1921 in Eisenach stattgefundenen Tarifverhandlungen wurde eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission eingesetzt und beauftragt, die Regelung des Lehrlingswesens in der feinkeramischen Industrie vorzubereiten bezw. den beiderseitigen Organisationen dazu geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Die Kommission hat zunächst mittels Fragebogen Feststellungen über den jetzigen Stand des Lehrlingswesens gemacht. Sie hat jetzt den Entwurf für einen Lehrvertrag in Bearbeitung, der von den Organisationen vereinbart und dann in der gesamten deutschen feinkeramischen Industrie Anwendung finden soll.

Kloster Weilsdorf. Auf eine 50jährige Tätigkeit in der hiesigen Porzellanfabrik kann der Kollege A. Mauer zurücksehen. Das ist für unsere Industrie ein gewiß recht seltener Fall. Wir wünschen dem Kollegen Mauer, daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht viele Jahre im Kreise seiner Kollegen zu verbleiben.

Wie uns mitgeteilt wurde, soll die Firma Porzellanfabrik Kloster Weilsdorf aus Anlaß dieses Jubiläums Kollegen Mauer eine Geldspende von 400 Mt. (eine Vier und zwei Nullen, also: Vierhundert Mark) in echten deutschen Geldscheinen überreicht haben.

Bad Schmiedeberg, Bez. Halle. Wir erhielten von verschiedenen Seiten Zuschriften, die besagen, daß die Entlohnung in der Steingutfabrik Schmiedeberg sich weit unter der in der Steingutindustrie üblichen bewegt und auch die Behandlung der Arbeiter zu wünschen übrig lasse. Mehrere auf die Arbeitergesuche der Firma hin zugereiste Kollegen sahen sich wegen dieser Zustände genötigt, nach kurzer Zeit Schmiedeberg wieder zu verlassen. Um arbeitssuchende Kollegen vor Schaden zu bewahren, empfehlen wir, sich vor der Arbeitsannahme bei dieser Firma bei der Zahlstelle Wittenberg (Gen. Curt Gildebrand, Kleinwittenberg, Coswigerstraße 45) nach den Verhältnissen in Bad Schmiedeberg zu erkundigen.

Die Wirtschaftslage in der feinkeramischen Industrie. Dem „Reichsarbeitsblatt“ entnehmen wir: In der Porzellanindustrie herrscht, wie die Handelskammer Koburg angibt, im allgemeinen Hochkonjunktur. Die Leipziger Frühjahrsmesse hat lohnende Er-

Probausträge gebracht. Die Aufträge können zum größten Teil nicht erledigt werden, weil die Kundschaft auf schnellste Lieferung der Waren dringt, die Arbeiter Ueberstundenarbeit zum Teil verweigern und vor allem die Betriebsanlagen wegen der Kohlennot nicht ausgenutzt zu werden vermögen. Das Detailgeschäft bewegt sich teilweise in mäßigen Grenzen. Eine Fabrik für elektrotechnische Porzellane meldet sehr schwachen Auftragszugang. — Die Feinsteingutindustrie hat nach dem Bericht der Handelskammer Koburg durch die Leipziger Messe an Bestellungen aus dem Inland wie auch aus dem Ausland für die nächsten Monate ausreichende Beschäftigung. Rohstoffe, Kohlen und Wagen sind in der gesamten keramischen Industrie fast ständig weniger vorhanden, als der Bedarf erfordert.

Wechsel in der Leitung des Arbeitgeberverbandes für die Deutsche Feinkeramische Industrie. Herr Dr. Carl Vogel-Berlin, der seither als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied sowohl des „Verbandes Keramischer Gewerbe in Deutschland“ als auch des „Arbeitgeberverbandes der Deutschen Feinkeramischen Industrie“ sowie als Reichsbevollmächtigter der „Außenhandelsstelle Feinkeramik“ an der Spitze der keramischen Gesamtorganisation tätig war, legt am 1. Mai d. J. seine Aemter nieder, um einem Rufe in die Finanzwelt zu folgen. Er übernimmt als Vorstand die Leitung der „Mercur-Aktiengesellschaft für Industrie und Handel“ in Frankfurt a. M., die im vergangenen Jahre mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark von Frankfurter Privatbankseite unter Mitwirkung mehrerer Repräsentanten aus der mitteldeutschen Großindustrie gegründet worden ist.

Zur Generalversammlung.

Anträge.

Zahlstelle Rudolstadt. 1. Die Beitragsätze sollen beweglich bleiben und sind mit den Zeiten in Einklang zu bringen und bei allen neuzuleistenden Beiträgen soll Karenzzeit nicht in Anrechnung gebracht werden.

Begründung: Damit die Unterstützungssätze bei Streiks und Aussperrungen den annähernden Lohnausfall erreichen.

2. Den Hauptvorstand zu beauftragen, daß er seinen Einfluß bei dem ADGB ausbietet, um zu großen Industrieverbänden zu kommen.

Begründung: Das Kapital schreitet immer mehr vorwärts. Die Erkenntnis zur Bildung von großen Verbänden muß durchgeführt werden. Egoistische Interessen müssen beiseite gestellt werden, dadurch wird die Macht der Gewerkschaft ungeheuer gestärkt.

3. Die „Ameise“ soll so ausgebaut werden, daß sie den Massencharakter unseres Verbandes zeigt und reinsozialistische Artikel bringt. Artikel, die nicht dementsprechend sind, sollen in Wegfall kommen. Weiter sollen die neuesten Gesetzentwürfe, die für die Gewerkschaften von größerer Bedeutung sind, aufgenommen werden, damit die Mitglieder über die wichtigsten Vorkommnisse unterrichtet werden.

Begründung: Unsere Mitglieder sind noch zu sehr in Unkenntnis über Schlichtungsordnung, Erwerbslosengesetz, Betriebsrätegesetz usw.

4. Die Generalversammlung soll sich eingehend mit der Altersversorgung befassen. (Gründung von Pensionskassen.)

Begründung: Den Arbeitern ist es nicht möglich, für das Alter Ersparnisse zurückzulegen. Das Gesetz muß so geregelt werden, daß den Arbeitern, ob alt oder invalid, eine auskömmliche Zukunft gesichert wird.

5. Alle gesetzlichen Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, sollen bezahlt werden.

Begründung: Dem Arbeiter kann nicht zugemutet werden, seine traurige Lage durch aufgezwungene Feiertage noch mehr zu verschlechtern.

Zahlstelle Künzelsberg. 1. Zu § 2, Ziffer 5 des Statuts: Es sind Uebertrittsalten einzuführen, diese werden an den Vorstand eingefandt. Die Ordnungsbücher verbleiben am Orte.

Begründung: Um Porto zu ersparen.

2. § 5, Ziffer 1 des Statuts: Der Beitrag ist wöchentlich im Voraus zu zahlen. Es sind nur 4 Beitragsklassen zu führen.

Begründung: Das Kassenwesen zu vereinfachen; den Kassierern die Arbeit zu erleichtern.

3. § 5, Ziffer 2 des Statuts. Die Beitragseinschätzung erfolgt nach dem innerhalb der letzten 13 Wochen erzielten Durchschnittslohn.

Begründung: Da sich die Löhne innerhalb 52 Wochen mehrmals verändern.

4. § 6, Ziffer 2 des Statuts: Für weibliche verheiratete Mitglieder, welche ihren Beruf aufgeben, ist ein niedrigerer Beitrag einzuführen.

Begründung: Damit diesen das Sterbegeld erhalten bleibt.

5. § 15, Ziffer 1 des Statuts: Die Reisemarle wird von der Zahlstellenverwaltung ausgestellt.

Begründung: Aus technischen Gründen.

6. § 18, Ziffer 3 des Statuts: Die Fahrgelder sind den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Begründung: der Höchstsatz von 60 M. genügt bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr.

7. § 18, Ziffer 8 des Statuts: Ist ganz zu streichen.

Begründung: Bei den heutigen Wohnungsverhältnissen ist es nicht möglich, innerhalb 6 Monaten eine Wohnung zu bekommen.

8. § 22 des Statuts: Den Ortsverwaltungen sind mehr Rechte einzuräumen.

Begründung: Damit die günstigen Positionen, die für ein eventuelles Gelingen des Streiks vorhanden sind, durch eine langwierige Korrespondenz mit dem Hauptvorstand nicht unterbunden werden.

9. § 34, Ziffer 1 des Statuts: Auf je 1000 Mitglieder wird ein Delegierter gewählt.

Begründung: Nach dem heutigen Mitgliederstand bedeutet es eine große Belastung der Kasse, und eine geringere Zahl der Delegierten dürfte dieselbe Arbeit verrichten.

10. § 36, Ziffer 3 des Statuts: Den Zahlstellen verbleiben von den gesamten Einnahmen 20 Proz. für den Lokalfonds. § 5, Ziffer 7 kommt in Wegfall. Der bisherige Lokalbeitrag wird auf die Beiträge geschlagen.

Begründung: Um eine vereinfachte Kassenführung herbeizuführen und den Zahlstellentassierern die Arbeit zu erleichtern.

11. Der Hauptvorstand soll versuchen, Mittel und Wege zu finden, unseren Verband einer größeren Organisation anzuschließen.

Begründung: Um bei Lohnkämpfen die Kampfkraft zu stärken und den Unternehmern gewappnet gegenüber zu stehen.

Bemischtes.

Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Vorstände des ADGB und des Afa-Bundes haben dem Reichsarbeitsminister einen Antrag auf weitere Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose unterbreitet. Die letzte Erhöhung trat Mitte Februar d. J. in Kraft. Sie steigerte den Tagessatz in der höchsten Ortsklasse für Verheiratete auf 18,50 M., für Ledige auf 15 M. und für Männer unter 21 Jahren auf 10 M.; für Frauen betragen diese Sätze 15, 10 oder 8 M. Durch die seit der letzten Erhöhung eingetretene weitere Geldentwertung sind diese Unterstützungssätze durchaus ungenügend geworden. Es ist zu erwarten, daß die Regierung dem Antrag auf Erhöhung baldigst zustimmt.

Versammlungsberichte.

Arnstadt. Der Vorsitzende gibt den Tod des Redakteurs der „Ameise“, Gen. Johann Schneider in Charlottenburg, bekannt, und fand die übliche Ehrung durch Erheben von den Plätzen statt. Kollege Bell gab den Kassenbericht vom 1. Quartal. Es waren in der Verbandskasse eine Einnahme von 4339,93 M. und eine Ausgabe von 2105,53 M. zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 2234,40 M. vorhanden ist. Die Lokalkasse zeigte eine Einnahme von 1051,83 M. und eine Ausgabe von 498,85 M., so daß ein Bestand von 552,98 M. zu verzeichnen ist. Die Kasse war geprüft und in musterhafter Ordnung befunden worden. Dem Kassierer wird auf Antrag Entlastung erteilt. Durch den Kartellbericht wurden folgende Punkte gestreift: 1. Gewerkschaftshaus; 2. Programm zur Maifeier; 3. Frage des Jugendkartells; 4. Musikerfrage; 5. Theaterfrage; 6. Geschäftliches. Wir speziell beschäftigten uns mit dem Bau eines Gewerkschaftshauses. Nach langer Zeit und vielen Sitzungen ist nun endlich eine Einigung zustande gekommen. Ein jedes organisierte Mitglied in Arnstadt muß auf dem schnellsten Wege den Betrag von 250 M. an das Kartell abführen; dafür erhält es einen Schuldschein ausgehändigt. Dieser Schuldschein ist auf 20 Jahre unkündbar und nichtverzinslich. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Scheine ausgelöst. Alle die Summe von 250 M. übersteigenden Beträge werden vom Tage der Einzahlung verzinst. Die Summe soll möglichst schnell aufgebracht werden, damit sobald wie möglich mit dem Bau begonnen werden kann. Das Maiereprogramm wurde bekanntgegeben. Kollege Schridl gibt das neue Lohnabkommen bekannt und soll nun der Betriebsrat durch Verhandlungen mit der Direktion die Bezahlung des Tarifses regeln.

Werra. Zu Anfang gedenkt der Vorsitzende Kluge mit warmen Worten des Ablebens unseres Redakteurs Schneider, seiner langjährigen hingebenden Tätigkeit für den Verband, und ehrt die Versammlung sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. — Am Gewerkschaftskongress wird Kollege Fritz Pohl, Dreher, als Kandidat aufgestellt und dem Hauptvorstand diesbezüglich berichtet. Auf Anruf in der „Ameise“ zur Unterstützung kranker Mitglieder beschließt die Versammlung, von jetzt an 2 M. zu senden. Eine nach den Feiertagen tagende außerordentliche Versammlung soll sich nur mit Anträgen zur Generalversammlung befassen und ersucht der Vor-

stehende, dieselben rechtzeitig vorzulegen. Betreffs der Differenzen in der Dreherei teilt der Vorsitzende mit, daß dieselben bis auf Widerruf weiterbestehen. — Zum Punkt „Maiseier“ hat das Gewerkschaftskartell folgendes Programm aufgestellt: 5 Uhr Bedruf, 6 Uhr Spaziergang nach Heulensroda, 2 Uhr Umzug, anschließend Festrede, und danach Konzert im „Ubler“. Abendunterhaltung im „Schießhaus“ und passende Kinovorstellung im „Ubler“-Saal. Festbeitrag pro Mitglied 6 Mk., Lehrlinge 3 Mk. — Zu dem zwischen Krankenkassen und Ärzten bestehenden Konflikt erstattet Kollege Wanneberger ausführlichen Bericht, aus welchem hervorgeht, daß wir zum 20. April mit einem Verzeßstreik zu rechnen haben, falls bis dahin keine Einigung erzielt wird. In diesem Falle beabsichtigt die Verwaltung der Krankenkasse, öffentliche Versammlungen abzuhalten, an denen sich alle Mitglieder beteiligen müssen.

Brattendorf. Unsere diesmalige Zahlstellenversammlung wurde wiederum nach Feierabend im Betriebe abgehalten. Der Kassierer, Kollege Zehd, gab einen ausführlichen Kassenbericht vom 1. Quartal über Hauptkasse, Lokalkasse und Reservefonds. Nachdem Kollege Schmidt, Revisor, die Ordnung der Kasse, Bücher und Belege bestätigte, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Maiseier der benachbarten Orte findet dieses Jahr in Brattendorf statt. Demonstrationzug und Festprogramm wurden von einem dazu gewählten Festausschuß festgelegt. Der Punkt 3, welcher die Unterstützung der streikenden Kollegen in Ohrdruf betrifft, wurde durch den Hinweis des Verbandsbureaus in der Nr. 15 der „Ameise“ für erledigt betrachtet. Es wurde Stellung zu dem Rundschreiben des Hauptvorstandes, betreffs Kandidatenwahl zum diesjährigen Gewerkschaftskongress, genommen. Da bereits der Kollege Hummerich aus Heubach von der Zahlstelle Kloster-Weißdorf vorgeschlagen war, schließt sich auch unsere Zahlstelle diesem Vorschlage an. Bei Punkt „Verschiedenes“ wurde das Verhalten einiger Kollegen, die jetzt noch Kriegervereinen angehören, kritisch beleuchtet. Es soll in einer späteren Versammlung event. zu dieser Angelegenheit nochmals Stellung genommen werden. An Stelle des Kollegen Heinz als Zahlstellenvorsitzender, welcher sein Amt niederlegte, wurde Kollege Kurt Schmidt aus Merbelsbrod gewählt.

Berlin-Charlottenburg. Die Versammlung vom 19. April ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Hinscheiden der Kollegen Schneider und Kunkel in der üblichen Weise. Der Vorsitzende gedachte des verdienstvollen Wirkens des langjährigen Schriftführers und Redakteurs unseres Verbandes. Als Kandidaten zur Wahl der Generalversammlungsdelegierten — bei der Wahl soll nach dem Prinzip der Parität verfahren werden — sind von Seiten der Berliner Kollegen die Kollegen Schlater, Schulze, Müller, Burmann, Krebs, von Charlottenburger Seite die Kollegen Berndt, Storch und Kühn nominiert. Die Wahl findet am 13. Mai, nachmittags, im Bureau, Raungr. 85, und in der Staatlichen Porzellan-Manufaktur statt. Kollege Berndt gab kurz Bericht über Verlauf und Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen. Zum Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“, ruft ein Antrag des Kollegen v. d. Aue auf Schaffung eines Fonds für invalide Kollegen eine längere Debatte hervor. Der Antrag wird schließlich zurückgezogen und wird eingehend ausgearbeitet der Verwaltung erneut zugehen. Kollege Schulze stellt den Antrag, weitere Anträge zur Generalversammlung zunächst der Verwaltung zu überweisen. Es wurde demgemäß beschlossen. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wird Kollege Kühn von der Verwaltung vorgeschlagen. Die Versammlung schließt sich dem Vorschlag an. Die ausstehende Bestätigung der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Gewerkschaftskommissionsmitglieder ruft eine ausgedehnte Diskussion hervor. Die Versammlung erklärt sich schließlich mit dem Vorschlag einverstanden. Die Kollegen Schulze und Schlater sind somit gewählt. Kollege Grosch bespricht ein veröffentlichtes Ortsstatut zum Schutze Berlins gegen Verunstaltung. Zu dieser Angelegenheit, die event. auch für Schildermaler in anderen Städten Bedeutung erlangen könnte, wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 14. April tagende Zahlstellenversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter, Zahlstelle Berlin-Charlottenburg, stellt sich einmütig auf den Standpunkt, daß das im „Gem.-Blatt“ der Stadt Berlin, Nr. 44 vom 30. Oktober 1921, veröffentlichte Ortsstatut zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung durch Reklamevorrichtungen für die dem obigen Verband angeschlossenen Schildermaler schädigend wirkt, und ersucht den Hauptvorstand, die von der Branche unternommenen Schritte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und bei den in Frage kommenden Behörden die Aufhebung oder Revidierung des veröffentlichten Ortsstatuts zu verlangen.“

Meuselwitz. Am 11. April fand unsere monatliche Zahlstellenversammlung statt, zu der sich, wie immer, die Belegschaft vollzählig eingefunden hatte. Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Lohnabkommen für März. Die Belegschaft bezeichnete es als ein klägliches Abkommen. Die Versammlung beschloß, der hiesigen Bibliothek 250 Mark zur Anschaffung von Büchern, bezw. weiteren Ausbau derselben anzustellen. Eine rege Aussprache entspann sich über den Punkt „Gewerkschaftsheim“. Nachdem der Vorsitzende über dieses ausführlich berichtet hatte, beschloß die Versammlung, sich dem Kartellbeschlusse, der einer Pflichtbeitrag von 30 Mk. pro Mitglied vorsah, anzuschließen. Als weiterer Punkt der Tagesordnung stand der 1. Mai. Der Vorsitzende wies besonders darauf hin, daß der diesjährige 1. Mai eine Feierschau des gesamten Proletariats bedeute. Die Belegschaft der Porzellanfabrik versammelt sich morgens 8½ Uhr an der Fabrik. Keiner darf fehlen. Etwasiges Verrichten von Feldarbeit kann als Entschuldigungsgrund an diesem Tage nicht gelten. Die Belegschaft hat sich bisher bei Demonstrationen vollzählig gestellt. Auch diesmal ist es höchste Pflicht, eines jeden, an diesem Tage seine Gesinnung offenbaren. Als weiterer Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“. Die eigens dazu gewählte Kommission soll in der nächsten Versammlung über Aenderung des Statuts, bezw. Anträge, berichten. Des weiteren, beauftragte die Versammlung den Vorsitzenden, sich mit dem Hauptvorstand in Verbindung zu setzen und von diesem zu fordern, daß er mit allem Nachdruck die 10 Forderungen des ADGB zu vertreten hat. Bisher hatte es den Anschein, als wenn die Führer

der Spitzenverbände wohl diese Forderungen aufstellen, aber leider zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Nach einem lebhaften Appell an die Mitglieder, daß nur Einigkeit stark macht und nur geschlossener Wille zum Siege führt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Gräfenthal, Köslau, Schmiedeberg, Sorau, Steinbach a. B. und Waldsassen mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Adressen-Aenderungen.

Althalbendsleben. Vorsitzender: Gustav Schmidt, Lindenplatz 12
Brattendorf. Vorsitzender: Kurt Schmidt, Glühbodenarbeiter, Merbelsbrod.

Emmerich a. Rh. Vorsitzender: Johann Couvent, Amalienstraße 45. Schriftführer: Josef Siegel, Wollenweberstr. 46. Kassierer: Walter Mikodemus, Neuersteinweg 10.

Farge. Der Kassierer heißt nicht Reimann, sondern Reinemann.
Ludwigsburg. Der Kassierer heißt nicht Walther, sondern Walter.

Moschendorf. Kassierer: Hans Schnött, Porzellanmaler, Oberlohauerstr. 20.

Mühlader. Der Kassierer heißt nicht Klamsch, sondern Glamsch.
Roschütz b. Gera (Neuß). Revisor: Albin Mende, Maler.

Schwarzenfeld. Schriftführer: Michel Meidl, Vieher.
Stabilm. Vorsitzender: Paul Hoffmann, Kapselbreher, Tiergraben 8.

Teltow. Vorsitzender: Wilhelm Furchner, Dreher, Elsterstr. 1.

Marktrecht.

Den kranken Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Unterstützungen nur Samstags von 12—2 Uhr gegen Vorzeigung von Mitgliedsbuch, Krankenschein und Invalidenkarte ausgezahlt werden.

Plauc.

Den Verbandskollegen von der Zahlstelle Plauc für die mir überwiesene Osterspende herzlichsten Dank. Heinrich Weber.

Bekanntmachung.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Für die laut Beschluß der Branchenversammlung der Schildermaler in der 9. bis 13. Woche im 1. Quartal zu liegenden Unterstützungsmarken für die Arbeitslosen (pro Woche 5 Mk.) ist der Endtermin mit Ablauf des Monats März verstrichen.

Da bei Entrichtung dieser Beiträge wieder Saumseligkeit von Seiten der zur Zahlung verpflichteten Kollegen zu konstatieren ist, fordern wir diese Kollegen mit Rücksicht auf die glatte Abwicklung des Kassenabchlusses auf, ihre Reste schnellstens zu begleichen.

Die Unterkassierer haben die in ihren Händen befindlichen Marken sofort umzuwehren und mit Kollegen Schulze abzurechnen.

Kollegen, laßt keine Bummerei einreißen, und beweist Euer Interesse den Arbeitslosen gegenüber durch strikte Innehaltung der Solidarität. Die Branchenleitung.

Sterbetafel.

Althalbendsleben. Wilhelm Hermede, Hofarbeiter, geboren am 3. Juli 1851, gestorben am 20. April an Herzschwäche. Mitglied seit 1919.

Berlin-Charlottenburg. Johann Schneider, Dreher, geboren am 7. Mai 1865 in Trautlieborsdorf, gestorben am 9. April an Bronchialasthma und Herzschwäche. Mitglied seit 1891.

Gräfenthal. Albin Windorf, Maler, geboren am 6. Dezember 1866 in Gräfenthal, gestorben am 7. April an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Magdeburg. Albert Hintersdorf, Maler, geboren am 30. Januar 1872 in Althalbendsleben, gestorben am 17. April an einer Amputation beider Beine. Mitglied seit 1921.

— Kurt Müller, Hofarbeiter, geboren am 16. März 1903 in Magdeburg, gestorben am 18. April an Lungenentzündung. Mitglied seit 1921.

Margarethenhütte. Marie Proschke, Glasurerin, geboren am 9. Februar 1874, gestorben am 11. April an einem Krebsleiden.

Nauenstein. Lucie Müller, Paderin, geboren am 10. Januar 1899 in Nauenstein, gestorben am 29. März an Darmtumor. Mitglied seit 1922.

— Max Kranich, Schleifer, geboren am 13. April 1896 in Nauenstein, gestorben am 6. April an einem Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Selb. Ludwig Nachbar, Maler, geboren am 1. Januar 1869 in Altrohlau, gestorben am 12. April an Lebercirrhose. Mitglied seit 1910.

Stabilm. Wilhelm Geiger, geboren am 20. Februar 1865 in Offenburg i. Baden, gestorben am 20. April an der Baderkrankheit. Mitglied seit 1919.

Waldburg. Carl Fentsch, Sortierer, geboren am 14. April 1849 in Wärsdorf, gestorben am 9. April an Herzschlag. Mitglied seit 1920.

— Marta Winkler, Formenträgerin, geboren am 30. August 1897 in Fellhammergrenze, gestorben am 16. April an Mandelentzündung. Mitglied seit 1921.

Ehrememorial

Versammlungs-Anzeige.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Altkalendersleben. Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, bei W. Peters.

Berlin-Charlottenburg. (Schildermaler.) Lehrlingsversammlung am Montag, den 8. Mai, nachm. 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Spandau. Montag, den 8. Mai, nachm. 4 Uhr, bei Wind, Pichelsdorferstr. 5.

Berlin-Charlottenburg.

Die Stimmzetteltabgabe für die Delegierten zur Generalversammlung erfolgt für Charlottenburg im Speisesaal der Staatl. Porz.-Manufaktur, und für Berlin im Bureau, Naunonstr. 85, am Sonnabend, den 13. Mai, von 12 bis 5 Uhr nachmittags.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Modelleur

firm an der Scheibe für Herstellung von Vasen, Dosen und sonstigen zu drehenden Biergegenständen, per sofort gesucht. Wohnung vorhanden. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Ansprüchen an die Porzellan-Fabrik Fraureuth, A.-G., Wallendorf, S.-M.

Von Steingutfabrik ledige Dreher und Gießer zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten an die Redaktion unter „R. 5“.

Einen Einrichter verlangen
Steingutfabriken Velten-Bordamm, G. m. b. H.
Velten i. d. Mark.

Flotte Tellerdreher sowie Dreher für Hohlgeschirre auf Schubscheibe gesucht.
Meißener Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. C. Leichert.
Meißen, Sachsen, Neumarkt.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt in dauernde Beschäftigung einige tüchtige Dreher für größere Geschirre (Terrinen), welche auch gießen können.
Einige flotte Maler für Kunst-Appelatur;
einigen tüchtigen Formgießer.
Angebote von lebigen Bewerbern erbitte
Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., A.-G.
Rehan.

Einige tüchtige Maler für Farb- und Goldbänder, sowie feine Stempeldekore, und ein tüchtiger Formgießer, der an sauberes Arbeiten gewöhnt ist und in seinen Gebrauchsgeschirren schon gearbeitet hat, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Wegen der Wohnungsnot können nur ledige Bewerber berücksichtigt werden. Angebote an Porzellanfabrik Marktredwitz, Jaeger & Co., Marktredwitz i. Bayern.

Geübter Schleifer gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
Porzellanfabrik Ralk, Eisenberg i. Thür.

Tüchtiger, zuverlässiger Oberdreher, bewandert in allen vorkommenden Arbeiten in Dreherei und Gießerei, firm im Schablonenfeilen, Warenabnahme, Lohnverrechnung und Preiskalkulation, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung in Steingut- oder Tonwarenfabrik für sofort oder später. Uebernahme eventuell auch anderer Vertrauensposten.
Offerten erbeten unter „R. 100“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtige Porzellanmaler für Dekoration, hauptsächlich für Mokkatassen, nach Dresden gesucht. Angebote wolle man richten unter „R. 6“ an die Expedition des Blattes.

Kapseldreher, Schalendreher auf Blatt und Hubel. Angebote erbittet Terra-Porzellanfabrik, A.-G., Meiningen.

Perfekter Dreher sowie Kapseldreher und geübte Garniererin bei gutem Lohn für sofort gesucht. Angebote an Groß-keramische Manufaktur, G. m. b. H., Darmstadt.

Durchaus tüchtige
= Stahlbruderin =
für Signetten etc. per sofort gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an
C. Volter, Porzellanmaleri Köln a. Rh., Trutzenberg 27.

Wir suchen in dauernde Stellung selbständigen, tüchtigen Schmelzer für Goldschmelze bei guter Bezahlung. Derselbe muß auch mit dem Aufschmelzen einer Zugschmelze vertraut sein. Angebote unter „R. 7“.

Geschäfts-Anzeigen.

Porzellanstücke 75.- Mk. à Gramm. — Glanzgoldstücke 55.- Mk. à Gramm. — Ausgebr. Gold, Abfälle — kauft zu den höchsten Tagespreisen

A. Gezer, Goldarbeiter, Selb.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Ältestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Höret — leset — staunet

über die hohen Preise, die ich für Goldschmiede, -Asche, -Lappen und -Flaschen zahle. B. V. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.

Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Kaufe goldhaltige Schmiere, Lappen, Asche, Flaschen, Pinsel und Malrückenstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.

Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor Segeltuchschuhe mit Ledersohlen und Zwickeln. Für Turner empfehle ich Turnschuhe und Stiefel mit Chromledersohle. Weiße Leinwandschuhe für Damen und Kinder. Lederhausschuhe, Lederandalen, Tuch- und Holzpantoffel. Sämtliche Leder- und Schuhwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.

Karl Alene, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weiskammer, D.-L.

Goldschmiede, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.
Poliergoldflaschen 10 " 25—50 "

je "nach" Inhalt. — Darum schickt "alles" zu
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

CHRISTOP SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen

speziell für die keramische Industrie.

Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereit-

willigst. Fernsprecher Nr. 17



Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8. II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Engl.
1896.
Beste
Bedien.



Gold-,
Platina-,
Silber-
preis
auf
Anfrage

Seifert, Zwickau i. S., Osterwirthstr. 32.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Geier, Hirschstädt b. Thiersheim, Oberfranken.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher:
Prima Bengasi-Rhoccoschwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 60, 90 Mk. und höher; Levantiner, Glaur- und Garnierungschwämme von 6 bis 100 Mk. pro Stück; Elefantenzähne nach Tagespreis; feine, weiche, mittlere und grobe Reeschwämme, das Kilo 600 und 900 Mk.; handgroße Herzschwämme, mittlere Qualität, für Steingut u. Gießerei, das Kilo, circa 40 Stück enthaltend, 500 Mk.; griechische Tierdenschwämme, von 5 bis 100 Mk. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.

G. Wiskelohn, Schwammgeschäft, Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42

= 150 Mark =
für 1 Gramm Feingold; höchste Preise für alle Goldrückstände. Keine
Falsche. Zahl prompt. Reinhold Richter, Wolfstedt-Industriell

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von C. Janiszewski, Berlin S. O., Elisabeth-Mier 28/29